

September 2011

Bankenbarometer 2011

Die konjunkturelle Entwicklung der Banken in der Schweiz

Bankenbarometer 2011

Die konjunkturelle Entwicklung der Banken in der Schweiz

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	3
1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	5
1.1 Weltwirtschaft	5
1.2 Entwicklungen in der Schweiz	6
1.3 Spezialthema: <i>Addicted Banks</i>	7
2 Finanzmärkte	12
2.1 Zinsen und Wechselkurse	12
2.2 Aktienmärkte	14
3 Geschäftserfolg der Banken	15
3.1 Geschäftserfolg und Nettogewinn im Jahr 2010	15
3.2 Entwicklung im laufenden Jahr	17
4 Bilanzgeschäft	18
4.1 Entwicklung der Bilanzen	18
4.2 Inländisches Kreditgeschäft	20
5 Vermögensverwaltung	23
5.1 Verwaltete Vermögen in der Schweiz	23
5.2 Entwicklung der verwalteten Vermögen 2011	25
6 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz	26
6.1 Beschäftigungsentwicklung 2010	26
6.2 Beschäftigungsumfrage bei den Banken in der Schweiz für das Jahr 2011	28
Quellenverzeichnis	30

Executive Summary

Das wirtschaftliche Umfeld der Banken in der Schweiz im Jahr 2010 war von einer positiven Wirtschaftsentwicklung und dem nach wie vor sehr tiefen Zinsniveau geprägt. Das inländische Hypothekenvolumen nahm um 4,6% und die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz um 1,7% zu. Der Geschäftserfolg erhöhte sich um 13,4% auf CHF 61,5 Mrd. Treibende Faktoren waren der Erfolg im Zinsdifferenzgeschäft sowie das Handelsgeschäft der Grossbanken. Nach einem Rückgang der Beschäftigung im Jahr 2009 haben die Banken in der Schweiz 2010 die Zahl ihrer Beschäftigten auf 108'000 Mitarbeitende ausgebaut. Die Umfrage der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) zeigt für das erste Halbjahr 2011 einen leichten Beschäftigungszuwachs von 0,4% bei den Banken in der Schweiz. Im zweiten Halbjahr wird mit einer stagnierenden Beschäftigungsentwicklung gerechnet. Für das laufende Jahr und insbesondere für 2012 verschlechtern sich die konjunkturellen Aussichten durch die gestiegene Unsicherheit bezüglich der Verschuldungsproblematik in der Eurozone und den USA, sowie der damit verbundenen Aufwertung des Schweizer Frankens.

Steigender Geschäftserfolg,...	Der aggregierte Geschäftserfolg ¹ der Banken in der Schweiz stieg 2010 um 13,4% auf CHF 61,5 Mrd., was insbesondere auf die allgemein positive Entwicklung des Zinsdifferenzgeschäfts und des Handelsgeschäfts der Grossbanken zurückgeführt werden kann. Der aggregierte Handelserfolg konnte 2010 verdreifacht werden, wohingegen der Erfolg aus Kommissionen und Dienstleistungen um 3,5% sank. Die Geschäftsbereiche entwickelten sich in den verschiedenen Bankengruppen teilweise sehr unterschiedlich. So konnten im Handelsgeschäft nur die Grossbanken und im Geschäft mit Kommissionen und Dienstleistungen nur die inlandorientierten Banken einen höheren Erfolg als im Vorjahr erzielen.
...steigende Bilanzsummen...	Die Bilanzsummen der Banken in der Schweiz erhöhten sich erstmals seit Ausbruch der Finanzkrise wieder. Sie nahmen um 1,7% auf insgesamt CHF 2'714,5 Mrd. zu. Die Entwicklung der Aktiven wurde massgeblich beeinflusst durch den Anstieg der Hypothekendarlehen, welche um 4,6% wuchsen. Die Wachstumsraten der Forderungen (+0,2%, 2009: -28,2%) und Verpflichtungen (-1,6%, 2009: -31,9%) gegenüber Banken waren 2010 moderat. Im Vergleich zum Vorjahr sind sie Ausdruck der Stabilisierung des Interbankenmarktes. Die Anzahl Institute reduzierte sich insbesondere durch Übernahmen um fünf auf 320.
...und steigendes inländisches Kreditvolumen im Jahr 2010	Die positive konjunkturelle Entwicklung widerspiegelte sich 2010 auch im inländischen Kreditgeschäft der Banken. Die gewährten Kreditlimiten stiegen um 2,9%, wobei sich die beanspruchten Kredite um 2,1% auf CHF 898,0 Mrd. erhöhten. Diese Entwicklung war hauptsächlich durch die Zunahme der Hypothekendarlehen um 4,6% getrieben. Wichtigste Kreditnachfrager waren nach wie vor die privaten Haushalte (Anteil: 66,7%). Dabei waren 2010 die Kantonalbanken mit einem Anteil von 32,7% am inländischen Kreditvolumen erstmals bedeutendste Kreditanbieter.

¹ Der Geschäftserfolg ist definiert als Ertrag abzüglich den Aufwand in den vier Geschäftsbereichen der Banken (Zinsengeschäft, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Handelsgeschäfte sowie übriger ordentlicher Erfolg). Der Geschäftserfolg abzüglich Personal- und Sachaufwand ergibt den Bruttogewinn. Der Begriff Erfolg wird umgangssprachlich meist im positiven Sinn verwendet, buchhalterisch heisst Erfolg jedoch lediglich soviel wie „Resultat“.

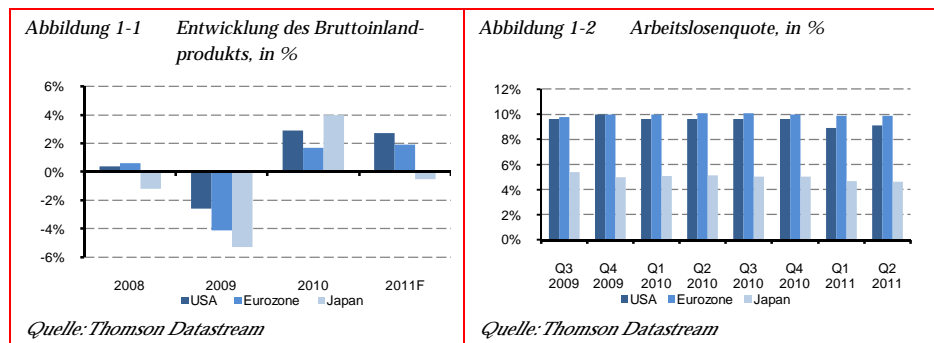
Leichte Reduktion der Wertschriftenbestände und zinsbedingte Umschichtungen	Die Wertschriftenbestände reduzierten sich 2010 um 1,2% auf CHF 4'453,0 Mrd. Die steigenden Börsenkurse konnten die sinkende Währungsbewertung nur zum Teil kompensieren. Wie bereits im Vorjahr konnten einige zinsbedingte Umschichtungen bei den von Banken verwalteten Treuhandgeldern und den Bilanzpositionen beobachtet werden. Insgesamt verwalteten Banken in der Schweiz per Ende 2010 Vermögen in der Höhe von CHF 5'473 Mrd.
Leichte Zunahme der Wertschriftenbestände 2011	In den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 haben die Wertschriftenbestände um 0,4% zugenommen. Die zinsbedingten Umschichtungen haben auch 2011 angehalten. Da ausländische Kunden ausserhalb ihres Domizils nach Diversifikationsmöglichkeiten suchen, ist mit leicht steigenden ausländischen Kundeneinlagen zu rechnen.
Ausbau der Beschäftigung 2010	Nach einem durch die Finanzkrise verursachten Rückgang des Personalbestandes im Jahr 2009 haben die Banken in der Schweiz 2010 mit 108'000 Mitarbeitenden im Inland wieder mehr Beschäftigte angestellt (+0,4%). Getragen wurde dieser leichte Ausbau von fast allen Bankengruppen. Die Grossbanken waren mit 36,9% des Personalbestands weiterhin die wichtigsten Arbeitgeber der Banken in der Schweiz. Die Anzahl der beschäftigten Frauen stieg mit 1,9%, wohingegen die Anzahl beschäftigter Männer um 0,4% abnahm. In der Folge erhöhte sich die Frauenquote der Banken in der Schweiz auf insgesamt 37,2%.
Steigender Personalbestand auch im ersten Halbjahr 2011	Gemäss der Beschäftigungsumfrage der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) konnten die Banken in der Schweiz im ersten Halbjahr 2011 die Beschäftigtenzahl um 0,4% (oder 410 Vollzeitäquivalente) gegenüber dem Jahresanfangsbestand steigern. Im zweiten Halbjahr 2011 rechnen die Banken in der Schweiz insgesamt mit einem stagnierenden Personalbestand und unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen. Die jüngsten und z.T. unerwartet heftigen Verwerfungen an den Finanzmärkten lassen zusätzlich die Prognoserisiken ansteigen und Potenzial für Differenzen zu den im Juli 2011 respondienden Beschäftigungsentscheiden entstehen.
Steigende Unsicherheit 2011	Die ersten beiden Quartale des Jahres 2011 weisen mit schwachen Aktienmärkten und Wertschriftenumsätzen auf Zweifel an der Nachhaltigkeit des globalen Aufschwungs hin. Durch die weitere Verschärfung der Staatsschuldenkrisen und die verstärkte Unsicherheit an den Finanzmärkten wird das Geschäftsumfeld für die Banken in der Schweiz voraussichtlich im gesamten Jahr generell schwierig bleiben.

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2010 erholte sich die Weltwirtschaft von der Rezession des Jahres 2009 und wuchs mit einer Rate von 5,1%. Für 2011 wird ein Wachstum von 4,3% prognostiziert. Wachstumstreiber sind vor allem die aufstrebenden Staaten Asiens. Chinas Wirtschaft wird 2011 voraussichtlich um 9,0% wachsen. Eine Naturkatastrophe hat Japan wieder in eine Rezession geführt. In den USA und in der Eurozone ist aufgrund der Verschuldungsproblematik mit einem schwächeren volkswirtschaftlichen Wachstum zu rechnen. Zudem sind die Aussichten auf dem US-amerikanischen Arbeits- und Immobilienmarkt nach wie vor getrübt.

1.1 Weltwirtschaft

Nach starkem Einbruch Erholungsphase seit Mitte 2009	Nach einer Rezession 2009 erholte sich die Weltwirtschaft 2010 wieder und wuchs gemäss dem Internationalen Währungsfonds (IWF) um 5,1%. Dieses Wachstum war in erster Linie durch die Entwicklungs- und Schwellenländer getrieben, die um 7,4% zulegten. Für 2011 wird mit einem leicht schwächeren globalen Wachstum in der Höhe von 4,3% gerechnet. Im Vergleich zum ersten hat sich die weltwirtschaftliche Entwicklung im zweiten Quartal 2011 leicht abgeschwächt. Zudem haben aufgrund der Verwerfungen auf den Finanzmärkten die Prognoserisiken zugenommen.
Leicht schwächere Entwicklung in den USA	Für die USA wird im laufenden Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3% gerechnet, was leicht unter dem Vorjahr liegt. Die Entwicklung in den USA wird vor allem durch eine relativ hohe Arbeitslosigkeit und den noch immer schwächelnden Immobilienmarkt belastet. Weitere Unsicherheitsfaktoren stellen unter anderem die sich akzentuierende Verschuldungsproblematik und die politische Situation im Vorfeld der Wahlen im nächsten Jahr dar.
Divergierende Entwicklung in der Eurozone...	Für die Eurozone wird ein Wachstum von 1,9% erwartet. Zwischen den einzelnen Staaten kann aber nach wie vor eine divergierende Wirtschaftsentwicklung beobachtet werden. So wächst beispielsweise die deutsche Wirtschaft 2011 voraussichtlich um 3,3%, während Portugal und Griechenland mit einer Rate von 2,2% bzw. 4,5% schrumpfen werden.
...aufstrebende Volkswirtschaften in Asien	In Asien ist Japan aufgrund einer Naturkatastrophe bereits im ersten Quartal 2011 wieder in eine Rezession gefallen. Für 2011 wird in Japan insgesamt von einem negativen Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,6% ausgegangen. Aufstrebende Staaten Asiens, wie beispielsweise China, sind Treiber der weltwirtschaftlichen Entwicklung. So wird für 2011 in China ein Wachstum von 9,0% erwartet. Im zweiten Quartal 2011 wuchs die Volksrepublik um 9,5%. Eine Gefahr stellen allerdings die gestiegenen Rohstoffpreise dar. Im Juli 2011 wurde in China mit 6,5% die höchste Inflationsrate seit drei Jahren gemessen.



Erholung des Welt-handels

Der Welthandel erholte sich nach einem Rückgang um 10,8% im Jahr 2009 und wuchs 2010 um 12,4%. Für 2011 erwartet der IWF ein leicht abgeschwächtes Wachstum des globalen Handels in Höhe von 8,2%.

Nach wie vor Risiken durch Verschuldungsproblematik in der Eurozone und den USA

Noch immer wurde keine nachhaltige Lösung für die Verschuldungsproblematik in der Eurozone gefunden. Die Europäische Kommission rechnet für 2011 mit einer durchschnittlichen Bruttoschuldenquote der Eurozone in der Höhe von 87,7%. Die drei Spitzenreiter sind Griechenland mit 157,7%, Italien mit 120,3% und Irland mit 112,0% Staatsschulden in Prozent des BIP. Die z.T. strukturellen Haushaltsdefizite einiger Euroländer und der USA werden deshalb in den nächsten Jahren ein Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung darstellen.

1.2 Entwicklungen in der Schweiz

Erholung nach starkem Rückgang der Wirtschaftsleistung in 2009

Nach dem stärksten Rückgang der Wirtschaftsleistung seit 1975 im Jahr 2009 entwickelte sich die schweizerische Volkswirtschaft im Jahr 2010 mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,6% sehr gut. Wesentliche Treiber waren die Bruttoanlageinvestitionen und der private Konsum, der seit je her einer der tragenden Faktoren der Schweizer Volkswirtschaft darstellt. 2010 wuchs der private Konsum um 1,7%, nach einem Wachstum von 1,4% im Vorjahr.

Frankenstärke wird Konjunktur bremsen

Der starke Franken hat 2010 keine massgebenden Auswirkungen auf die Schweizer Konjunktur gezeigt. Seit Anfang 2010 hat dieser sowohl gegenüber dem Euro als auch dem US-Dollar um über 24% aufgewertet. Aufgrund der anhaltenden Aufwertung des Frankens wird für 2011 und insbesondere für 2012 mit einer entsprechenden Abschwächung der Konjunkturentwicklung gerechnet. So hat im Juni 2011 das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Konjunkturprognose für 2012 von 1,9% auf 1,5% gesenkt.

Exporte als Wachstumsfaktor 2010

Während die Exporte von Gütern und Dienstleistungen 2009 stark eingebrochen sind, konnten diese im Jahr 2010 mit 10,6% bzw. 7,5% wieder bedeutend zulegen. Bis Ende Juni 2011 konnten bei den Exportaktivitäten noch keine gravierenden Auswirkungen der Frankenstärke festgestellt werden. Für die weitere Zukunft wird aber mit Einbussen bei den Exporten gerechnet, da die Frankenstärke die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Volkswirtschaft beeinträchtigt.

Weitere Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. So sank die Arbeitslosenquote bis Ende Mai 2011 auf 3,0%. 2010 betrug die Arbeitslosenquote im Schnitt noch 3,9%. Für 2011 und 2012 rechnet das Seco mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,1% bzw. 3,3%.
Positives Ergebnis des Staatshaushalts	Im Vergleich zu den meisten europäischen Staaten und den USA sind die schweizerischen Staatsfinanzen in einem sehr guten Zustand. So lag die Schuldenquote der Schweiz mit 38,3% im Jahr 2010 weit unter dem europäischen Durchschnitt von 84,3%. Während die Schuldenquote im europäischen Währungsraum über die letzten zehn Jahre angestiegen ist, ist diese in der Schweiz gesunken. Dies ist vorab eine Folge der Schuldenbremse. Trotz Finanzkrise erzielte der Bund 2009 einen Überschuss von CHF 2,7 Mrd. und 2010 sogar CHF 3,6 Mrd.

1.3 Spezialthema: *Addicted Banks*

Auch mehr als drei Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise sind deren Auswirkungen für europäische Banken noch immer zu spüren. So sind weiterhin einige Institute auf die Finanzierung durch die Europäische Zentralbank (EZB) angewiesen, da dies für sie über den Interbankenmarkt nicht zu vernünftigen Konditionen möglich ist. Ein Staatsbankrott Griechenlands würde diese Situation noch verstärken und hätte massive Auswirkungen auf die Systemstabilität. Im Vergleich zu diesen sogenannten *Addicted Banks* haben die Schweizer Institute den Exit geschafft.

Massive Liquiditätszuführung durch Zentralbanken

Neben den konventionellen Instrumenten (Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes um 325 Basispunkte auf den historischen Tiefstand von 1,0%) hat die Europäische Zentralbank (EZB) ab Herbst 2008 auch unkonventionelle Massnahmen ergriffen, um das Bankensystem der europäischen Währungsunion vor einem Zusammenbruch zu schützen. Dazu zählen die folgenden fünf zeitlich begrenzten Sondermassnahmen:

- Vollzuteilung in allen Offenmarktgeschäften
- Langfristtender mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr
- Erweiterung des Sicherheitenrahmens auf nicht marktfähige Instrumente
- Bereitstellung von Fremdwährungsliquidität gegen Sicherheiten
- Aufkaufprogramm für Pfandbriefe im Umfang von EUR 60 Mrd.

Durch die Erweiterung des Sicherheitenrahmens auf nicht marktfähige Sicherheiten wie z.B. Staatsanleihen unterhalb des „Investment Grade“- Status oder Kreditforderungen wurden zusätzlich Wertpapiere in der Höhe von EUR 400 Mrd. zur Besicherung von Kreditgeschäften als notenbankfähig eingestuft. Anfang August 2011 beschloss die EZB zudem neben der Wiederaufnahme von Ankäufen von Staatsanleihen gefährdeter Staaten Langfristtender unter Vollzuteilung mit Laufzeiten von bis zu sechs Monaten wieder einzuführen. Damit soll der europäische Bankensektor mit zusätzlicher Liquidität versorgt werden.

Im Jahr 2010 hinterlegten Geschäftsbanken gemäss Jahresbericht der EZB EUR 2'010 Mrd. an marktfähigen und nicht marktfähigen Finanzinstrumenten zur Besicherung von Krediten beim Eurosystem. Die hinterlegten Finanzinstrumente lagen damit ungefähr auf dem Niveau von 2009, allerdings wurde mit EUR 546,7 Mrd. weniger Liquidität nachgefragt (2009: EUR 749,9 Mrd.). Im Vergleich zum Vorjahr haben jedoch die hinterlegten nicht marktfähigen Sicher-

heiten zugenommen, was die Bilanzrisiken der EZB wesentlich erhöht hat. Der hohe Bestand an hinterlegten Sicherheiten zeigt die noch immer vorherrschende Unsicherheit der europäischen Banken.

Staatliche Unterstützungsmassnahmen in der Finanzkrise

Während der Finanzkrise wurden von vielen europäischen Staaten auf nationaler Ebene Massnahmen ergriffen, um gefährdete Banken mit Garantien oder Rekapitalisierungen zu unterstützen oder illiquide Aktiven aufzukaufen. Die zugesicherten Unterstützungsmassnahmen² in Europa reichten von rund 20% des Bruttoinlandprodukts (BIP) in Deutschland bis zu 283% in Irland. Der Anteil der vom Bundesrat im Oktober 2008 beschlossenen Massnahmen zur Stärkung des Finanzsystems Schweiz belief sich zum Vergleich auf unter 10% des BIP (Rekapitalisierung durch Eidgenossenschaft und Übernahme illiquider Aktiva durch SNB). Bereits 2009 konnte die Eidgenossenschaft ihre Unterstützungsmassnahme vollumfänglich beenden. Aus ihrer ursprünglichen Investition von CHF 6 Mrd. resultierte ein Gewinn von CHF 1,2 Mrd.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ihrerseits hatte ebenso wie die EZB unkonventionelle Massnahmen getroffen. So wurden mehr längerfristige Repo-Geschäfte getätigt, Frankenobligationen privater Schuldner aufgekauft und in grossem Umfang Devisen erworben. Im Rahmen des Massnahmenpakets für die UBS wurden von der SNB Darlehen an den SNB-StabFund bereitgestellt. Dieser Fonds übernahm Vermögenswerte in Höhe von USD 38,7 Mrd. Mittlerweile hat sich der Kredit per Ende Juli 2011 auf CHF 8,0 Mrd. reduziert. Bisher verlief die Verwaltung und Veräusserung der Vermögenswerte erfreulich. Bis Ende Juli 2011 konnte die SNB aus dem SNB-StabFund Gewinne von mehr als USD 2,3 Mrd. konsolidieren.

Unterschiedliche Fortschritte beim Abbau der Unterstützung für Banken

Noch Ende Juni 2011 hatte beispielsweise in Deutschland der Stabilisierungsfonds SoFFin den Banken Kapital in Höhe von EUR 17,7 Mrd. zur Verfügung gestellt und Garantien in Höhe von EUR 32,2 Mrd. übernommen. Im Vergleich zum Höchststand im Oktober 2010, als Garantien in Höhe von EUR 174 Mrd. und Eigenkapital von EUR 64 Mrd. ausstehend waren, entspricht dies einer wesentlichen Reduktion der staatlichen Unterstützungsleistungen.

In Irland übernahm die als Bad Bank konzipierte „National Asset Management Agency“ (NAMA) problembehaftete Immobilienkredite von einheimischen Banken. Per Ende 2010 betrug der Nominalwert der von der NAMA übernommenen Kredite noch über EUR 71 Mrd. Der Abbau der Unterstützung für irische Banken, die nach wie vor stark von den speziellen Konditionen der EZB abhängig sind, geht langsamer voran. So beliefen sich die Kredite des Eurosystems an irische Bankinstitute per Ende Mai 2011 auf EUR 102,3 Mrd. Dies entspricht zwar gegenüber dem Höchststand im November 2010 einer Reduktion von über EUR 35 Mrd., jedoch beträgt die Krediterteilung noch immer mehr als das Doppelte des Durchschnitts der letzten acht Jahre. Die beanspruchte notfallmässige Liquiditätsversorgung (sogenannte „Emergency Liquidity Assistance“) beträgt rund EUR 55 Mrd., was sogar mehr als dem Fünffachen des Durchschnitts gleichkommt.

² Garantien für Kreditverpflichtungen, Rekapitalisierungen, Asset-Swaps und Käufe sowie finanzielle Unterstützungsmassnahmen durch Zentralbanken.

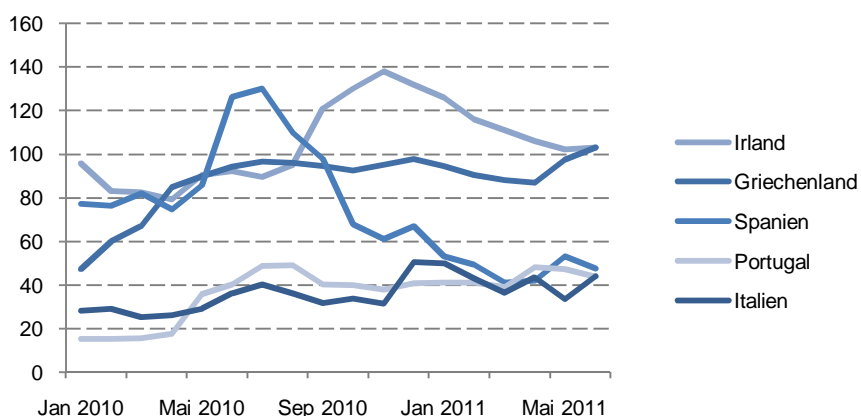
Schweizer Banken
haben Exit geschafft

Es kann festgestellt werden, dass die schweizerischen Banken ihre Kapitalbasis aus eigener Kraft markant stärken konnten. Seit Anfang 2010 fragen die Banken aufgrund des Liquiditätsüberschusses fast keine Liquidität bei der Nationalbank mehr nach. Die Frankenobligationen wurden per Ende 2010 von der SNB wieder verkauft. Ende Juni 2010 trat zudem das neue Liquiditätsregime für die beiden Schweizer Grossbanken in Kraft. Die SNB hat verschiedene auslaufende unkonventionelle Instrumente zur Liquiditätsversorgung nicht erneuert und das potenzielle Volumen der repofähigen Effekten reduziert.³ Damit darf der Exit in der Schweiz als erreicht betrachtet werden.

Währenddessen hängen in der europäischen Währungsunion zahlreiche Banken, die in der Finanzkrise in grosse Probleme geraten waren, weiterhin am Tropf der EZB, da sie noch immer nicht in der Lage sind, sich am Geldmarkt ausreichend zu refinanzieren. Allen voran stehen Banken aus den gefährdeten europäischen PIIGS-Staaten. So betragen die von der EZB an griechische Banken gewährten Kredite per Juni 2011 rekordhohe EUR 103 Mrd. (siehe Abbildung 1-3). Im Vergleich zu Mitte 2009 entspricht dies mehr als einer Verdoppelung.

Noch immer von der
EZB stark abhängige
Institute

Abbildung 1-3 Refinanzierung der Banken in PIIGS-Staaten durch die EZB, in Mrd. EUR



Anmerkung: PIIGS-Staaten sind Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien. Jede europäische Bank refinanziert sich bei der EZB. Dennoch ist das Ausmass der Refinanzierung im Vergleich zu früheren Zeiten äusserst hoch.

Quellen: Central Bank of Ireland, Bank of Greece, Banco de España, Banco de Portugal, Banca d'Italia.

Exponierung gegen-
über Solvenzrisiken
staatlicher Schuldner

Ein zurzeit bedeutendes Risiko für die Stabilität des weltweiten Bankensystems findet sich in der Staatsschuldenkrise in der Eurozone und den USA. Gemäss der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) hielten bspw. griechische Institute per Ende 2010 mit EUR 54,5 Mrd. 67% der ausstehenden einheimischen Staatsschulden (Anleihen und Kredite). Die spanischen Institute weisen mit fast 81% und EUR 231,7 Mrd. eine noch wesentlich höhere Quote auf. Griechische Institute weisen ein Kern Tier-1 Kapital von EUR 22,8 Mrd. und spanische von EUR 139,9 Mrd. auf. Demzufolge wäre ein allfälliger Staatsbankrott Griechenlands oder Spaniens für die einheimischen Banken existenzbedrohend. Auch für

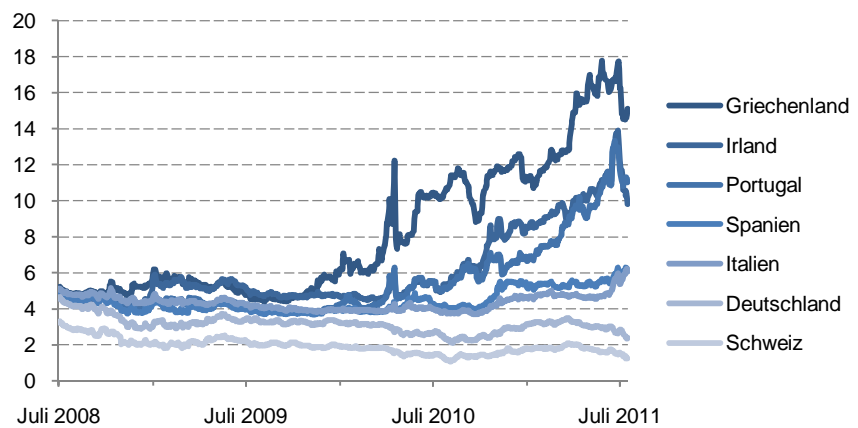
³ Um der Frankenstärke zu begegnen, hat die SNB in drei Schritten die Liquidität am Geldmarkt von CHF 30 Mrd. auf CHF 200 Mrd. erhöht. Dies ist aber nicht in Zusammenhang mit allfälligen Refinanzierungsschwierigkeiten von Banken zu sehen.

andere europäische Banken zeitigen die Solvenzprobleme der peripheren Euro-länder negative Auswirkungen. So halten französische und deutsche Banken mit EUR 10,1 Mrd. bzw. EUR 7,9 Mrd. die höchsten Forderungen gegenüber Griechenland (Stand: Ende 2010).⁴ Gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)⁵ haben Schweizer Banken zwar sehr hohe Bestände von Staatsanleihen in Prozent des Tier-1 Kapitals (> 200%). Im Vergleich zu beispielsweise Deutschland, Frankreich oder Belgien ist jedoch der Anteil von Anleihen der PIIGS-Staaten mit 2 bis 4% äusserst gering.

In Abbildung 1-4 ist ersichtlich, wie schwierig der Zugang zum Kapitalmarkt für die gefährdeten Staaten ist. Nach dem Euro-Krisengipfel Ende Juli 2011 in Brüssel haben sich die Konditionen für die Emission von Anleihen verbessert. Dennoch scheint insbesondere für Griechenland eine Finanzierung ohne Rettungsfonds momentan unmöglich.

Seit Mitte 2010 gestiegene Refinanzierungskosten für Staaten

Abbildung 1-4 Renditen 10-jährige Staatsanleihen, in %



Quelle: Thomson Datastream

Infolge der hohen Exponierung und der starken internationalen Verflechtung wäre der Bankrott eines Mitgliedslands der Eurozone für das gesamte europäische Finanzsystem eine direkte Bedrohung. Hinzu kommen noch Risikopositionen in viel höherem Umfang gegenüber anderen Staaten mit Schuldenproblemen.

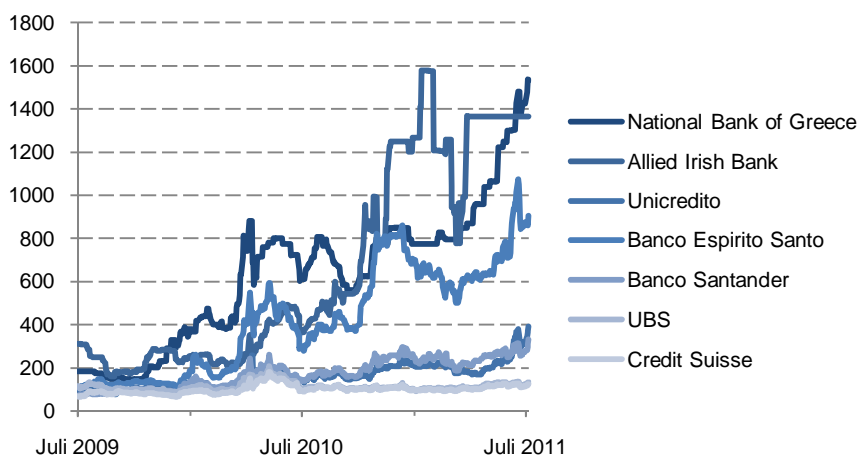
Die Risiken für das Finanzsystem drücken sich in den hohen CDS-Spreads von Banken aus. Die nachfolgende Grafik zeigt, dass im Vergleich zu den Schweizer Grossbanken die CDS-Spreads für ausgewählte Banken in den europäischen Krisenländern sehr hoch sind. Für eine Absicherung gegenüber der verstaatlichten Allied Irish Bank musste beispielsweise Ende Juli 2011 eine Prämie von 1365 Basispunkten bezahlt werden, die National Bank of Greece kam gar auf einen Wert von 1426 Basispunkten.

⁴ Die Zahlen basieren auf dem Stresstest der European Banking Authority (EBA) und beinhalten nur die Forderungen gegenüber dem jeweiligen Staat. Diese unterscheiden sich von den Statistiken der BIZ, die sich auf alle Sektoren (Staat, Unternehmen und Private) im jeweiligen Land beziehen.

⁵ Committee on the Global Financial System „The impact of sovereign credit risk on bank funding conditions“, Juli 2011.

Massiv höhere CDS-Spreads für Banken aus gefährdeten Staaten

Abbildung 1-5 CDS-Spreads nach Institut (Laufzeit 5 Jahre), in Basispunkten



Quelle: Thomson Datastream

Die direkten Gefahren der Eurokrise sind für europäische Institute weitaus höher einzustufen als für schweizerische Banken. Weiteren Auswirkungen einer allfälligen erneuten Systemkrise im Stil von „Lehman Brothers“ könnten sich Schweizer Banken aufgrund der ausserordentlich starken Vernetzung des Finanzsystems dennoch nicht entziehen.

2 Finanzmärkte

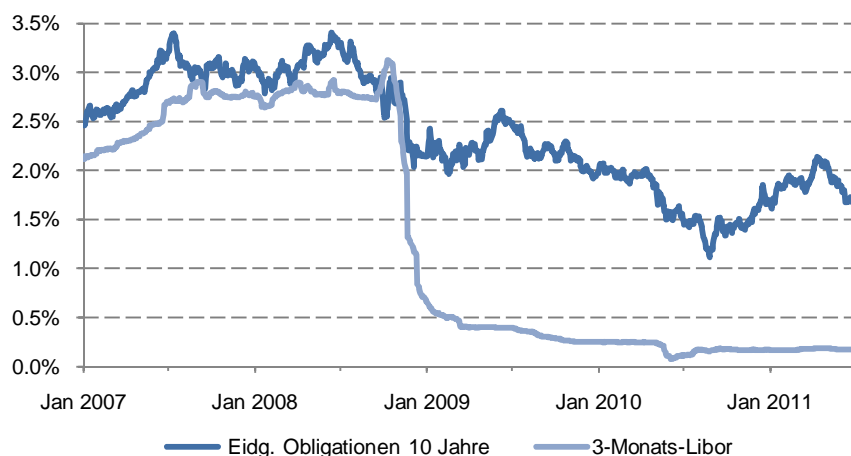
Die Schweizer Finanzmärkte waren 2010 durch ein sehr tiefes Zinsniveau und einem weiteren Rückgang der Renditen der Bundesanleihen geprägt. Der 3-Monats CHF-LIBOR und die Rendite von zehnjährigen Bundesanleihen erreichten historische Tiefstände. Ausserdem setzte sich 2010, trotz Interventionen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) am Devisenmarkt, die Aufwertung des Schweizer Frankens fort. Sein Aussenwert nahm insbesondere aufgrund des Safe-Haven-Effekts exportgewichtet real um 7,5% zu. Die Aktienmärkte in der Schweiz entwickelten sich kongruent zu den europäischen negativ, wohingegen die asiatischen Börsenwerte wiederum stark zulegen konnten. Das laufende Jahr 2011 zeigte bisher zunehmende Unsicherheiten bezüglich der globalen wirtschaftlichen Entwicklung, was in der Schweiz zu weiterhin tiefen Zinsen, einem noch stärker werdenden Schweizer Franken und steigenden konjunkturellen Risiken führen wird.

2.1 Zinsen und Wechselkurse

Zinsniveau weiterhin tief, Renditen von Bundesanleihen auf historischem Tief

Das Schweizer Zinsniveau verharrte auch 2010 auf sehr tiefem Niveau. Das Zielband der SNB für den CHF-LIBOR (3 Monate) lag seit März 2009 bei 0-0,75%, wobei der entsprechende Marktsatz 2010 durchgehend in dessen unteren Bereich zu liegen kam (Tief bei 0,077% am 7.6.2010). Diese Entwicklung wurde massgeblich durch die anhaltend expansive Geldpolitik der SNB bestimmt, die den fragilen Aufschwung stützen und deflationären Entwicklungen entgegenwirken sollte. Die 2010 akzentuierte Flucht in den Schweizer Franken und andere sichere Anlagen zeigte sich auch in einem weiteren Rückgang der Renditen für eidgenössische Obligationen. Die Rendite von zehnjährigen Eidgenossen fiel 2010 um fast einen Drittel Prozentpunkt und erreichte im August 2010 ein historisches Tief von 1,114%.

Abbildung 2-1 Entwicklung der Renditen von Bundesanleihen und 3-Monats-Libor, in %

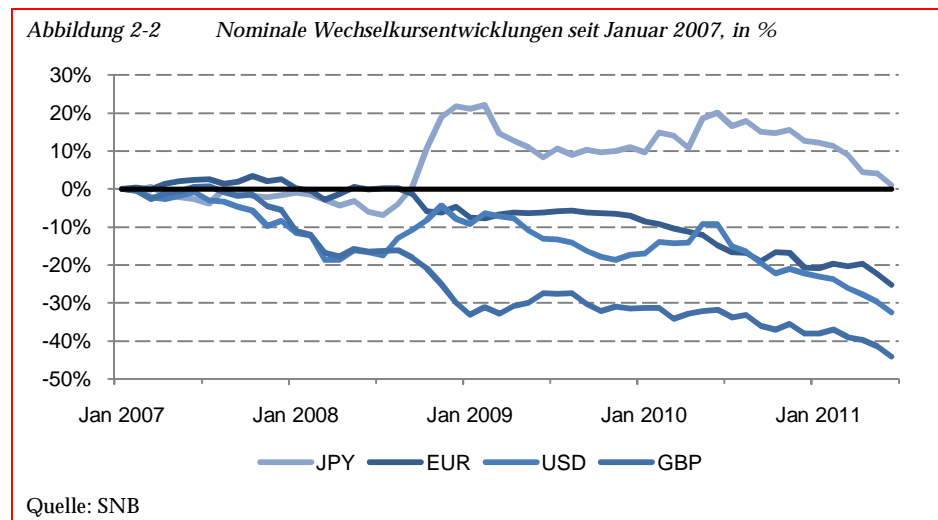


Quelle: SNB

Staatsschuldenproblematik und Safe-Haven-Effekt

Der Schweizer Franken setzte 2010 den seit der Finanzkrise beobachtete Aufwertungsprozess fort, wobei er praktisch gegenüber allen Währungen der wichtigen Handelspartnern stärker wurde (Ausnahme: Japanischer Yen). Sein Wert nahm exportgewichtet gegenüber den bedeutendsten 40 Handelspartnern um

real 7,5% zu. Dies geschah trotz der insbesondere im ersten Halbjahr 2010 durchgeführten Deviseninterventionen der SNB, welche ihre Devisenreserven 2010 dadurch auf mehr als CHF 200 Mrd. verdoppelte (seit Anfang 2009: Ver vierfachung). Der Schweizer Franken wurde verstärkt von Investoren nachgefragt, da die Schweiz sich einerseits von der Finanzkrise konjunkturell rascher erholte und andererseits andere Währungen unter der sich akzentuierenden Staatsschuldenproblematik litten. Der Schweizer Franken gilt als Safe-Haven-Währung und wertete deshalb aufgrund steigender globaler Risikoaversion und seines relativ geringen Volumens rasch auf.



2011: Anhaltend tiefe Zinsen und starker Schweizer Franken

Das erste Halbjahr 2011 war geprägt von einer sich weiter verschärfenden Schuldenkrise in der Eurozone und ersten Anzeichen diesbezüglich auch in den USA. Die Schweiz zeichnet sich weiterhin durch politische und finanzielle Stabilität aus, was 2011 zu Höchstständen des Schweizer Frankens gegenüber Euro und US-Dollar geführt hat. Zusätzlich wird das Schweizer Zinsniveau weiterhin tief bleiben oder sogar noch sinken, da die Geldpolitik keinen zusätzlichen Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken erzeugen und deflationären Tendenzen entgegenwirken soll. In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 werden bei der Exportwirtschaft (zu der nicht zuletzt die Banken gehören) und der Tourismusbranche teilweise starke Ertragsrückgänge erwartet, die durch die hohe Aussenhandelsorientierung der Schweiz zum konjunkturellen Risiko werden könnten.

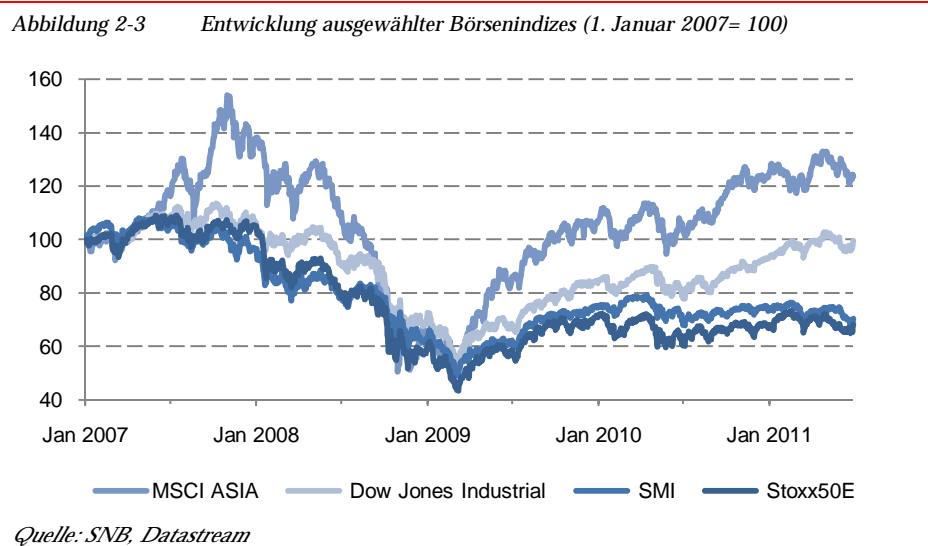
SNB und Bundesrat treffen Massnahmen gegen Frankenstärke

Im August 2011 hat die SNB Massnahmen gegen den starken Franken ergriffen. So wurde in insgesamt drei Schritten die Liquidität am Geldmarkt massiv von CHF 30 Mrd. auf 200 Mrd. erhöht. Zudem wurden Devisenswap-Geschäfte, die letztmals im Herbst 2008 eingesetzt wurden, wieder eingeführt. Mit diesen Massnahmen soll die bereits vorher expansive Geldpolitik verstärkt und der Überbewertung des Schweizer Frankens entgegengetreten werden. Zudem hat der Bundesrat am 17. August 2011 bekanntgegeben, dass er die Schweizer Volkswirtschaft mit CHF 2 Mrd. unterstützen will. Die finanziellen Mittel sollen aus dem für 2011 prognostizierten Überschuss des Bundes stammen.

2.2 Aktienmärkte

Starkes Wachstum in Asien, schwache Aktienmärkte in Europa

Nach einer kräftigen Erholung der Aktienmärkte im Jahr 2009 folgte 2010 ein eher durchzogenes Jahr. Das erste Quartal 2010 setzte die Erholung zwar fort, jedoch brachen im zweiten Quartal die Börsen zwischenzeitlich wieder ein (speziell in Europa). Das dritte und vierte Quartal waren geprägt durch stagnierende bis leicht steigende Aktienmärkte in Europa und der Schweiz, sowie hohen Wachstumsraten in Asien und den USA. Betrachtet über das ganze Jahr wuchsen die asiatischen Aktienmärkte u.a. durch die massiven Kapitalzuflüsse weiterhin relativ stark (MSCI ASIA: +16,8%). Die Schweizer, europäischen und amerikanischen Börsenwerte konnten jedoch nicht an die stark positiven Kursentwicklung des Vorjahres anknüpfen (2010: Swiss Market Index (SMI) -1,7%, Stoxx -5,8%, Dow Jones +11,0%). Dies hauptsächlich aufgrund aufkommender Zweifel an einer nachhaltigen Erholung der Weltwirtschaft und die Staatsschuldenkrise in Europa. Die steigende Risikoaversion und Unsicherheit der Investoren widerspiegelten sich auch in einem stark nachfragegetriebenen Preisanstieg bei den Edelmetallen (bspw. +27.6% bei Gold und +64.0% bei Silber, beide in USD/Unze).



Steigende Unsicherheit in der ersten Hälfte 2011

Das erste Halbjahr 2011 offenbarte insbesondere im zweiten Quartal mit sinkenden (und z.T. wieder negativen) Wachstumsraten der Aktienkurse, dass sich die Zweifel an der Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs verfestigt haben (akzentuierte Baisse im Juni 2011). Die Edelmetallpreise entwickelten sich dementsprechend im ersten Halbjahr auch auf hohem Niveau weiterhin stark positiv. Die weitere Entwicklung der Aktienmärkte im Jahr 2011 scheint deshalb ungewiss und abhängig von einigen richtungsweisenden Geschehnissen. Die Entwicklung der Staatsschuldenproblematik, die Genesung des Finanzsystems und die Stabilität des Wirtschaftswachstums in Asien werden wichtige Treiber der Gewinnsituation der Unternehmungen sein.

3 Geschäftserfolg der Banken

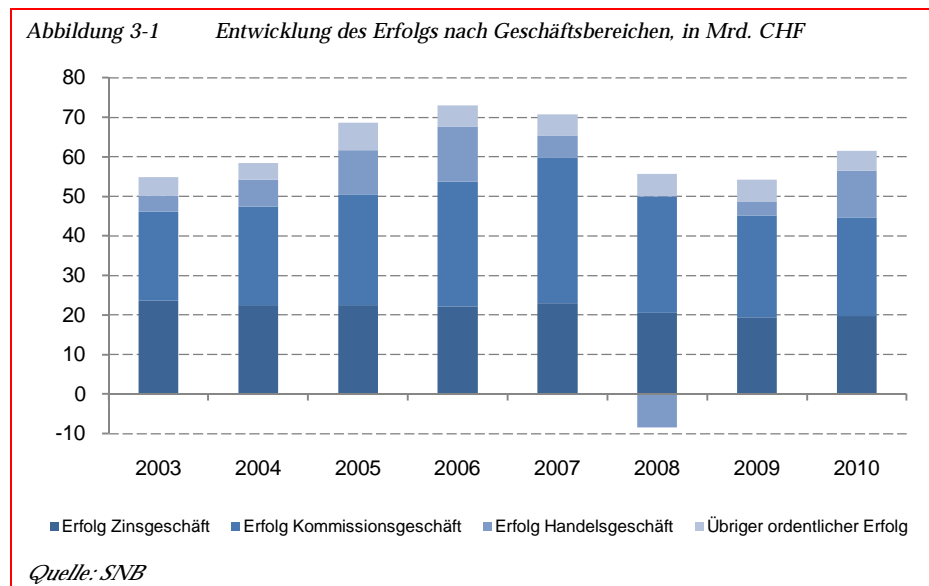
Der aggregierte Geschäftserfolg der Banken in der Schweiz stieg 2010 um 13,4% auf CHF 61,5 Mrd. Der Nettogewinn vervierfachte sich auf rund CHF 10,6 Mrd. Die Wachstumsimpulse kamen hauptsächlich vom Zinsdifferenzgeschäft sowie vom Handelsgeschäft der Grossbanken. Der Erfolg aus Kommissionen und Dienstleistungen, mit 40,5% weiterhin wichtigste Erfolgskomponente der Schweizer Banken, sank aggregiert um 3,5%. Die Geschäftsbereiche entwickelten sich für verschiedene Bankengruppen sehr unterschiedlich. So konnten im Handelsgeschäft nur die Grossbanken sowie im Geschäft mit Kommissionen und Dienstleistungen nur die inlandorientierten Banken einen höheren Erfolg als im Vorjahr erzielen. Die Banken in der Schweiz lieferten 2010 Gewinnsteuern in Höhe von CHF 1,25 Mrd. ab 2011 dürften die Erfolgserwartungen der Banken in der Schweiz durch die Frankenaufwertung, den intensivierte Wettbewerb und die aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheiten eher geringe Handelsaktivität der Bankkunden gedämpft sein.

3.1 Geschäftserfolg und Nettogewinn im Jahr 2010

Zunahme des Geschäftserfolgs

Nach einem starken Einbruch 2008 und einer ersten Erholung (+10,8%) 2009 wuchs der aggregierte Geschäftserfolg⁶ der Banken in der Schweiz 2010 um 13,4% auf CHF 61,5 Mrd. Die Zunahme entsprang einerseits dem steigenden Zinserfolg (+1,7%) und andererseits dem Handelsgeschäft der Grossbanken. Demgegenüber schrumpfte der aggregierte Erfolg aus Kommissionen und Dienstleistungen.

Abbildung 3-1 Entwicklung des Erfolgs nach Geschäftsbereichen, in Mrd. CHF



Erneute Reduktion des Erfolgs aus Kommissionen und Dienstleistungen

Die Banken in der Schweiz hatten 2010 erneut eine Reduktion des Erfolgs aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft um 3,5% auf CHF 24,9 Mrd. zu verzeichnen. Der Ertrag aller Unterkategorien (Wertschriften- und Anlagegeschäft (-3,4%), Kreditgeschäft (-3,0%), übriges Dienstleistungsgeschäft (-2,4%)) sank bei etwa konstantem Aufwand. Dennoch konnten namentlich die inland-

⁶ Basierend auf den Daten zu den statutarischen Einzelabschlüssen der Banken (Stammhaus). Die statutarischen Einzelabschlüsse umfassen die Geschäfte der Sitze in der Schweiz sowie der rechtlich unselbständigen in- und ausländischen Filialen. Vor allem bei den Grossbanken können diese Zahlen bei der Erfolgsrechnung teils deutlich von den Daten auf Konzernstufe abweichen.

orientierten Kantonal-, Raiffeisen- und Regionalbanken eine Zunahme des Erfolgs ausweisen (+5,1%). Das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft blieb mit 40,5% nach wie vor die wichtigste Erfolgskomponente der Banken in der Schweiz.

Erstmalige Zunahme des Zinserfolgs seit 2007

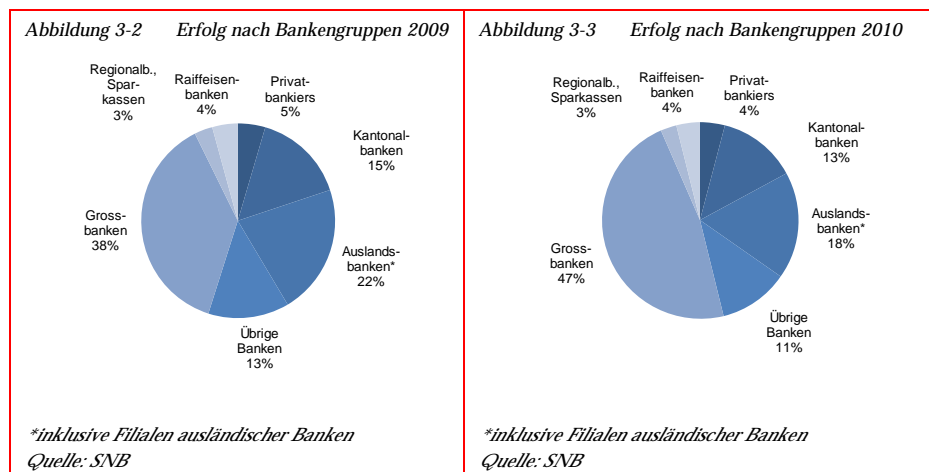
Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft stieg 2010 erstmals seit 2007 wieder an (um 1,7% auf CHF 19,8 Mrd.). Zwar reduzierten sich die Zins-, Dividenden- und Diskonterträge bei allen Bankengruppen (-14,9%) durch die tiefen Marktzinsen sowie moderaten Gewinnerwartungen bei Unternehmungen, jedoch sanken die Zinsaufwände noch stärker (-23,8%). Das Zinsgeschäft blieb mit einem Anteil von 32,2% der zweitwichtigste Erfolgsbestandteil der Banken in der Schweiz.

Verdreifachter Handelserfolg

Das Handelsgeschäft entwickelte sich 2010 für die verschiedenen Bankengruppen sehr unterschiedlich. Die Grossbanken erreichten 2010 gegenüber dem Vorjahr wieder die Gewinnzone und erzielten zusammen einen Handelserfolg von CHF 8,3 Mrd. Alle anderen Bankengruppen hatten erneut einen fallenden Erfolg im Handelsgeschäft zu verzeichnen. Insgesamt verdreifachte sich der Handelserfolg der Banken in der Schweiz auf über CHF 11,8 Mrd.

Anteil der Grossbanken am Erfolg stieg stark an

Die Grossbanken konnten 2010 ihren Anteil am Gesamterfolg der Banken in der Schweiz durch die Kehrtwende im Handelsgeschäft von 38% auf 47% steigern. Die Auslandsbanken⁷, Kantonalbanken, Privatbankiers sowie übrigen Bankengruppen verloren, gemessen am Gesamterfolg, leicht an Bedeutung. Die Raiffeisen- und Regionalbanken konnten aufgrund einer stabilen Erfolgsentwicklung 2010 ihre Anteile halten.



Gesamtgewinn: CHF 10,6 Mrd., Gewinnsteuer: CHF 1,25 Mrd.

Die Banken in der Schweiz konnten 2010 im Vergleich zum Vorjahr die Nettogewinne mehr als vervierfachen (auf insgesamt CHF 10,6 Mrd.). Von den 320 Banken erzielten über 83% einen Gewinn. Die Gewinnentwicklung wurde massgeblich von den Grossbanken positiv beeinflusst, jedoch konnten auch die Bankengruppe „übrige Banken“ (+21,2%), die Kantonalbanken (+10,9%) und die Privatbankiers (+8,0%) ihre Gewinne markant steigern. Aus den Gewinnen wurden 2010 direkte Steuern in der Höhe von CHF 1,25 Mrd. abgeliefert.

⁷ Zu den Auslandsbanken werden „ausländisch beherrschte Banken“ sowie „Filialen ausländischer Banken“ gezählt.

3.2 Entwicklung im laufenden Jahr

Frankenaufwertung drückt auf Jahresgewinne der Banken	Das Jahr 2011 wurde bisher geprägt von einer anhaltend starken Aufwertung des Schweizer Frankens, was die Jahresgewinne der Banken in der Schweiz in mehrfacher Hinsicht belastet. Es entstehen einerseits Wechselkursverluste auf dem Bestand sowie den Zins- und Dividenden erträgen aus Positionen in Fremdwährungen, und andererseits sinkt der Beteiligungsertrag an ausländischen Tochtergesellschaften. Die Kosten der Banken in der Schweiz fallen aber nach wie vor grösstenteils in Schweizer Franken an, was zu einer Verschlechterung des Kosten-/Ertrags-Verhältnis führt .
Verhaltene Handelsaktivität der Bankkunden	Die Börsen verzeichnen in den ersten beiden Quartalen 2011 steigende Unsicherheit und dadurch eher verhaltene Transaktionsvolumen. Insbesondere im zweiten Quartal sanken die Wertschriftenumsätze an den Börsen in der Schweiz. Die durch steigende Risikoaversion ausgelöste geringere Handelsaktivität der Bankkunden könnte sich 2011 in einem eher gedämpften Erfolg aus Kommissionen und Dienstleistungen niederschlagen.
Steigendes Kreditvolumen, starker Wettbewerb	Das Kreditvolumen stieg in den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 erneut leicht an. Der durch die tiefen Zinsen getragene starke Wettbewerb unter den Banken wird weiter auf den Zinserfolg drücken. Kombiniert mit negativen Wechselkurseffekten könnte 2011 ein sinkender Erfolg aus dem Zinsgeschäft resultieren.

4 Bilanzgeschäft

Das Jahr 2010 brachte für die Banken in der Schweiz eine erstmalige Zunahme der Bilanzsumme seit Ausbruch der Finanzkrise, ein weiterhin robustes inländisches Kreditgeschäft und die Stabilisierung des Interbankenmarktes. Die konsolidierte Bilanzsumme nahm 2010 um 1,7% auf CHF 2'714,5 Mrd. zu, wobei die inlandorientierten Banken die stärkste Bilanzverlängerung verzeichneten. Die Grossbanken erhöhten die Bilanzsumme um 2,6% gegenüber dem Vorjahr. Das Kreditgeschäft mit inländischen Kunden entwickelte sich gesamthaft in etwa proportional zur konjunkturellen Entwicklung (+2,1% auf CHF 898,0 Mrd.), getrieben insbesondere durch die begehrten Hypothekendarlehen. Die Kantonalbanken wurden 2010 mit einem Anteil von 32,7% am inländischen Kreditvolumen erstmals zu den führenden Kreditanbietern in der Schweiz. Letztlich wurde 2010 der starke Rückgang der Forderungen und Verpflichtungen auf dem Interbankenmarkt der Vorjahre gestoppt und eine Stabilisierung erreicht.

4.1 Entwicklung der Bilanzen

Erstmalige Zunahme der aggregierten Bilanzsumme seit Ausbruch der Finanzkrise

Erstmals seit dem Ausbruch der Finanzkrise stieg die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz 2010 wieder um 1,7% auf insgesamt CHF 2'714,5 Mrd. Ausgeprägt waren die Bilanzverlängerungen wie im Vorjahr bei den inlandorientierten Bankengruppen (durchschnittlich +4,6%). Zusätzlich verzeichneten auch die Grossbanken wieder eine Zunahme ihrer Bilanzsumme (+2,6%). Aufgebaut wurden vor allem Inlandpositionen, die bei den Aktiven um 5,2% und bei den Passiven um 3,0% anstiegen. Die Anzahl Institute auf dem Bankenplatz Schweiz hat sich 2010 hauptsächlich durch Übernahmen um fünf auf 320 reduziert.

Tabelle 4-1 Bilanzsumme nach Bankengruppen, 2009 und 2010

	Anzahl Institute	Bilanzsumme (Mrd. CHF)		Entwicklung Bilanzsumme	
	2010	2009	2010	2009	2010
Kantonalbanken	24	403,5	421,5	3,7%	4,5%
Grossbanken	2	1'444,8	1'482,1	-23,4%	2,6%
Regionalbanken und Sparkassen	69	92,3	96,1	2,6%	4,1%
Raiffeisenbanken	1	139,5	147,2	6,0%	5,5%
Übrige Banken	179	525,0	496,8	1,1%	-5,4%
<i>davon ausländisch Leiherrschte Banken</i>	<i>122</i>	<i>327,8</i>	<i>312,7</i>	<i>-1,2%</i>	<i>-4,6%</i>
Branches of foreign banks	32	23,9	24,9	0,7%	4,3%
Privatbankiers	13	39,2	45,8	-3,6%	16,8%
Total	320	2'668,2	2'714,5	-13,4%	1,7%

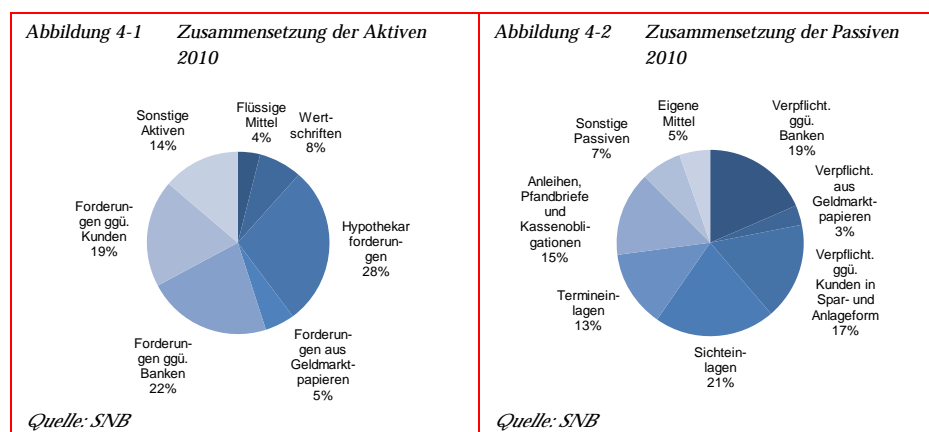
Quelle: SNB

Aktiven: Anstieg der Hypothekarforderungen, Rückgang der Forderungen gegenüber Kunden

Die Zunahme der Aktiven war 2010 schwergewichtig auf den Ausbau der Hypothekarforderungen um 4,6% zurückzuführen. Damit waren die Hypothekarkredite mit einem Anteil von 28,3% an der Bilanzsumme weiterhin die bedeutendste Aktivposition der Banken in der Schweiz. Ebenfalls stark aufgebaut wurden die flüssigen Mittel (+13,9%, Vorjahr: -27,2%) und die Anlagen in inländischen Geldmarktpapieren (+100%, Vorjahr: +2,1%). Dies resultierte massgeblich aus gestiegenen USD-Guthaben bei ausländischen Zentralbanken und die verstärkte Anlage in SNB-Bills⁸. Abgebaut wurden die Forderungen gegenüber Kunden im In- und Ausland (-5,6%) auf CHF 517,3 Mrd.

Passiven: Umschichtung bei Kundeneinlagen

Die Verpflichtungen gegenüber Kunden⁹ (bedeutendster Passivbestand mit 65,8% der Bilanzsumme) blieben in etwa konstant (+0,2% auf CHF 1'785,4 Mrd.), jedoch setzte sich die seit der Finanzkrise beobachtete, zinsbedingte Umschichtung von längerfristigen Termineinlagen (-13,4%) und Kassenobligationen (-18,7%) zu Spar- und Sichteinlagen mit kürzeren Fristen (+4,7%) fort.



Stabilisierter Interbankenmarkt, geringes Exposure gegenüber PIIGS-Schuldnern

Der Interbankenmarkt hat sich 2010 stabilisiert, was sich aus der moderaten Entwicklung der Forderungen (+0,2%) und Verpflichtungen (-1,6%) der Schweizer Banken gegenüber anderen Banken ableiten lässt (2009: -28,2% bzw. -31,9%). Ausserdem haben die Banken in der Schweiz ihre bilanzierten Forderungen gegenüber in PIIGS-Staaten domizilierten (privaten und öffentlichen) Schuldnern um weitere 30% auf CHF 25 Mrd. reduziert. Diese machten Ende 2010 noch 1,8% der Forderungen gegenüber ausländischen Schuldnern aus, was ein im internationalen Vergleich eher geringes Exposure darstellt (vgl. Abschnitt 1.3).

⁸ Eigene Schuldverschreibungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die einerseits der Abschöpfung der nach der Finanzkrise ins System geführten Liquidität dienen und andererseits eine flexiblere Liquiditätssteuerung am Geldmarkt ermöglichen sollen.

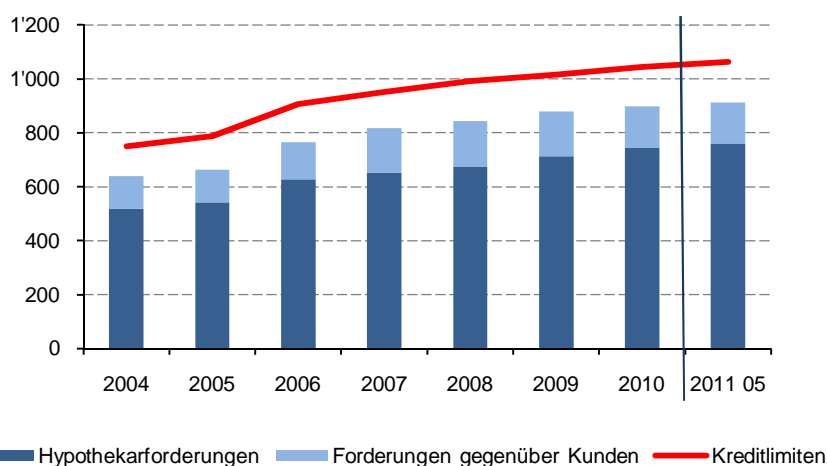
⁹ Beinhaltet Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform, Sicht- und Termineinlagen, Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen.

4.2 Inländisches Kreditgeschäft

Proportionales Wachstum des benutzten Kreditvolumens

Das Kreditgeschäft der Banken ist von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Die von Banken gewährten Kreditlimiten stiegen im Jahr 2010 um 2,9% an. Die beanspruchten inländischen Kredite erhöhten sich um insgesamt 2,1% auf über CHF 898,0 Mrd. Die Kreditlimiten (CHF 1'045,4 Mrd.) wurden damit 2010 zu 85,9% ausgeschöpft.

Abbildung 4-3 Entwicklung der gewährten inländischen Kreditlimiten und der beanspruchten Kredite, in Mrd. CHF*



* Ab 2006 werden sämtliche 411 Raiffeisenbanken erfasst. Vorher lediglich 34.
Quelle: SNB

Steigendes Hypothekarkarvolumen,...

Die Hypothekarforderungen, die 2010 um 4,6% wuchsen, waren mit 83% nach wie vor Hauptbestandteil der inländischen Kreditnachfrage (s. Tab 4-2). Insbesondere Unternehmen (+6,8%) und der öffentliche Sektor (+5,8%) trugen zum Wachstum bei. Die privaten Haushalte, welche mit einem Anteil von über drei Vierteln die grössten Hypothekarkreditnehmer darstellten, steigerten ihre Nachfrage um 4,0%. Diese Zunahme der Hypothekarforderungen wurde durch das 2010 durchwegs sehr tiefe Zinsniveau und die positive Konjunktorentwicklung gestützt.

...jedoch moderierende Risikowirkung durch Umlagerungen

Ende 2010 waren 92,5% der inländischen Hypothekarforderungen der ersten, 5,7% der zweiten und 1,8% der dritten Belehnungsgruppe¹⁰ zuzuordnen. Seit 1996 kann eine stete Verschiebung von den nachgelagerten Belehnungsgruppen zur ersten festgestellt werden. Zusätzlich zeigte sich 2010 die seit den 1990er Jahren währende Verlagerung von variabel zu fest verzinsten Hypotheken. Gesamthaft war Ende 2010 80,4% des inländischen Hypothekarkarvolumens fest verzinst (1996: 42,6%). Die Verlagerung zur ersten Belehnungsgruppe und zu fest verzinsten Hypotheken führt über abnehmende Marktrisiken und Zinssensitivi-

¹⁰ Die Hypothekarforderungen werden verschiedenen Belehnungsgruppen (BG) zugeteilt, sobald sie vordefinierte Anteile am Verkehrswert des Pfandes überschreiten (z.B. bei Liegenschaften: Forderungen bis 2/3 des Verkehrswertes in 1. BG, Forderungen darüber und bis 80% in 2. BG, Forderungen über 80% in 3. BG). Allgemein nehmen die Marktrisiken mit den nachgelagerten BG zu.

tät zu sinkenden Ausfallrisiken in den Hypothekarportfolios der Schweizer Banken.

Fallende Nachfrage nach Bankkrediten bei Unternehmen

Die restlichen ausstehenden Forderungen gegenüber Kunden entwickelten sich gegen den allgemeinen Wachstumstrend und reduzierten sich um 8,8% (Vorjahr: -1,1%). Insbesondere die Unternehmungen, welche 2010 mit 64,7% am meisten Bankkredite nachfragten, senkten ihren Kreditbestand um 13,7%. Dies kann auf die sich stabilisierenden Finanzmärkte zurückgeführt werden, die eine erleichterte Finanzierung der Unternehmungen über den Kapitalmarkt ermöglicht.

Tabelle 4-2 Inländisches Kreditvolumen nach Sektoren

Kreditvolumen*	Total Kredite		Hypotheken		Forderungen gegenüber Kunden	
	Ende 2010 (in Mio. CHF)	Veränderung zum Vorjahr	Ende 2010 (in Mio. CHF)	Veränderung zum Vorjahr	Ende 2010 (in Mio. CHF)	Veränderung zum Vorjahr
Private Haushalte	599'084	+3,6%	568'230	+4,0%	30'854	-2,5%
<i>Anteil</i>	<i>66,7%</i>		<i>76,3%</i>		<i>20,2%</i>	
Unternehmungen	259'988	-2,1%	160'963	+6,8%	99'025	-13,7%
<i>Anteil</i>	<i>29,0%</i>		<i>21,6%</i>		<i>64,7%</i>	
Öffentlicher Sektor	38'908	+7,6%	15'765	+5,8%	23'144	+8,8%
<i>Anteil</i>	<i>4,3%</i>		<i>2,1%</i>		<i>15,1%</i>	
Total	897'980	+2,1%	744'958	+4,6%	153'023	-8,8%

* Benutzte Kredite gemäss Kreditvolumenstatistik

Quelle: SNB

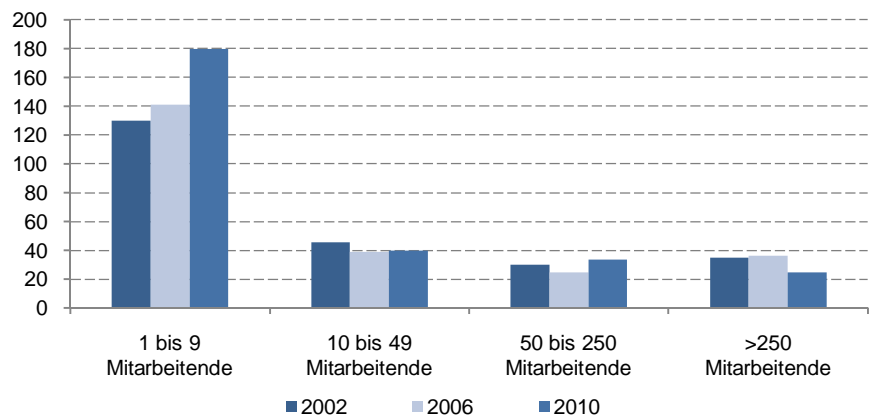
KMU als wichtigste Unternehmenskreditnehmer

91,2% des Ende 2010 ausstehenden Unternehmenskreditvolumens wurde von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit bis zu 250 Mitarbeitern gehalten (2006: 84,9%). Gegenüber dem Vorjahr reduzierten KMU ihre Nachfrage um 1,7%, die grösseren Unternehmungen (über 250 Mitarbeiter) um 2,1%.

Die kleinsten KMU¹¹ (weniger als zehn Mitarbeiter), die Ende 2010 über zwei Drittel aller Unternehmenskredite bezogen, weisen seit mindestens einem Jahrzehnt das stärkste Nachfragewachstum aus.

¹¹ Mikrounternehmen machen gemäss BFS (Betriebszählung 2008) 87,1% aller Unternehmen in der Schweiz aus.

Abbildung 4-4 Kreditvolumen nach Unternehmensgrösse, in Mrd. CHF



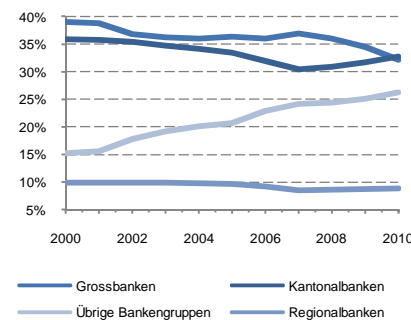
Anmerkung: Inklusive Kredite an Finanzierungs- und Vermögensverwaltungsinstitutionen (bspw. Trusts oder Stiftungen). Bei den Krediten an Unternehmen mit 1 bis 9 Mitarbeitenden kam es zwischen 2006 und 2010 aufgrund von Neuklassifizierungen zu einem Reihenbruch.

Quelle: SNB

Kantonalbanken erstmals wichtigster Kreditanbieter

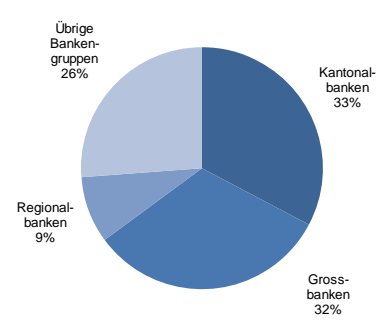
Auf Seiten der Kreditanbieter konnten die Kantonalbanken (+5,4%, Anteil 2010: 32,7%), die Regionalbanken (+4,5%, Anteil 2010: 8,9%) und die übrigen Bankengruppen (+6,9%, Anteil 2010: 26,2%) auch dieses Jahr sowohl ihr Volumen als auch ihren Marktanteil steigern. Damit waren 2010 die Kantonalbanken erstmals die bedeutendsten Kreditanbieter im Geschäft mit inländischen Kunden. Die Grossbanken haben 2010 das Volumen um 4,7% reduziert.

Abbildung 4-5 Entwicklung der Kreditmarktanteile nach Bankengruppen



Quelle: SNB

Abbildung 4-6 Kreditmarktanteile nach Bankengruppen, Ende 2010



Quelle: SNB

Weiterhin steigendes Kreditvolumen bis Mai 2011

Die ersten fünf Monate des Jahres 2011 zeigten eine positive aber gegenüber den Vorjahresperioden eher gedämpfte Entwicklung des inländischen Kreditvolumens. Die gewährten und benutzten Kredite stiegen fast im Gleichschritt (+1,7% bzw. +1,6%), wobei der Rückgang der Forderungen gegenüber Kunden gebremst wurde (-0,5%) und die Hypothekarforderungen weiter zulegten (+2,1%).

5 Vermögensverwaltung

Nach einer starken Erholung 2009 reduzierten sich die Wertschriftenbestände in Kundendepots während des Jahres 2010 um 1,2% auf CHF 4'453 Mrd. Obwohl im Jahr 2010 ein moderat positives Börsenumfeld zu beobachten war, haben die Bestände infolge der tieferen Bewertung in Schweizer Franken abgenommen. Die Treuhandgelder haben ihre Talfahrt des Vorjahres aufgrund des nach wie vor äusserst tiefen Zinsniveaus fortgesetzt und betragen per Ende 2010 CHF 201,8 Mrd. Zinsbedingte Umschichtungen konnten ebenso bei den Bilanzpositionen festgestellt werden. So haben die Termineinlagen von CHF 417 Mrd. auf CHF 360,8 Mrd. abgenommen. Insgesamt verwalteten Banken in der Schweiz per Ende 2010 Vermögen in der Höhe von CHF 5'473 Mrd.

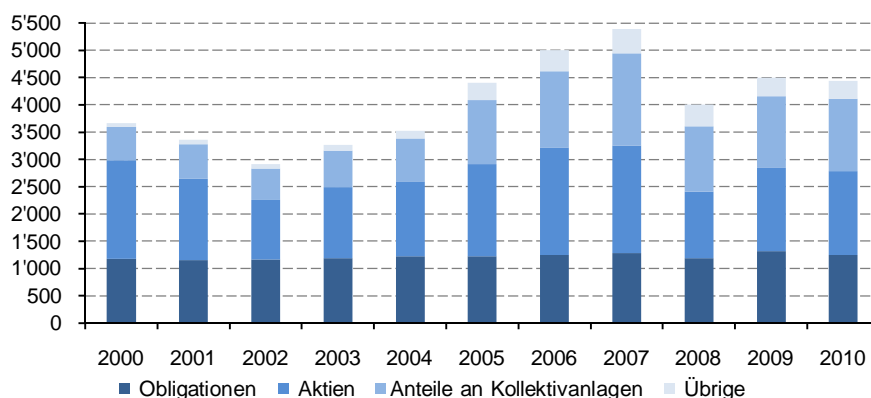
5.1 Verwaltete Vermögen in der Schweiz im Jahr 2010

Definition „verwaltete Vermögen“ Zu den verwalteten Vermögen sind gemäss Eidgenössischer Finanzmarktaufsicht (FINMA) neben den Wertschriftenbeständen in Kundendepots noch weitere Positionen zu zählen. Nach Rundschreiben umfassen die verwalteten Vermögen alle Anlagewerte, für die Anlageberatungs- und/oder Vermögensverwaltungsdienstleistungen erbracht werden.¹² Demzufolge werden zu den verwalteten Vermögen die folgenden Positionen gezählt: Wertschriftenbestände in Kundendepots, Treuhandanlagen, Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform sowie Verpflichtungen gegenüber Kunden auf Zeit.¹³

Leichter Rückgang der Wertschriftenbestände Nach einem starken Wachstum im Jahr 2009 reduzierten sich die Wertschriftenbestände 2010 um 1,2% auf CHF 4'453 Mrd. Die eher steigenden Börsenkurse konnten 2010 die Devisenverluste auf Fremdwährungsanlagen nur zum Teil kompensieren. Vor allem die Bestände an Obligationen und strukturierten Produkten sanken (-5,8% bzw. -8,3%).

Wertschriftenbestände in Kundendepots betragen CHF 4'453 Mrd.

Abbildung 5-1 Entwicklung der Wertschriftenbestände in Kundendepots nach Art, in Mrd. CHF



Anmerkung: Stand jeweils am Jahresende
Quelle: SNB

¹² Vgl. FINMA „Rundschreiben 2008/2 Rechnungslegung Banken“.

¹³ Die für die SNB-Statistik massgebliche Erhebungsstufe für Wertpapierdepots und Treuhandanlagen umfasst die Filialen der Banken in der Schweiz, nicht jedoch die ausländischen Niederlassungen. Insofern repräsentieren die konsolidierten Zahlen den Bankenplatz Schweiz im engeren Sinne. Dies gilt jedoch nicht für die in der Bilanz ausgewiesenen Kundeneinlagen, bei denen auch die Niederlassungen im Ausland einbezogen werden. Dieser Unterschied wird jedoch bei der Berechnung ausser Acht gelassen.

Leichter Anstieg der Aktienbestände ...

Die Aktienbestände blieben mit einem geringen Zuwachs von 0,8% im Jahr 2010 ungefähr auf dem Stand von 2009. Mit insgesamt CHF 1'540 Mrd. und einem Anteil von 34,6% stellen Aktien noch immer die bedeutendste Position in den Wertschriftenbeständen dar. Die Aktienbestände von inländischen Depotinhabern haben sich gegenüber den Beständen von ausländischen Kunden leicht stärker erhöht (+1,8% bzw. +0,1%).

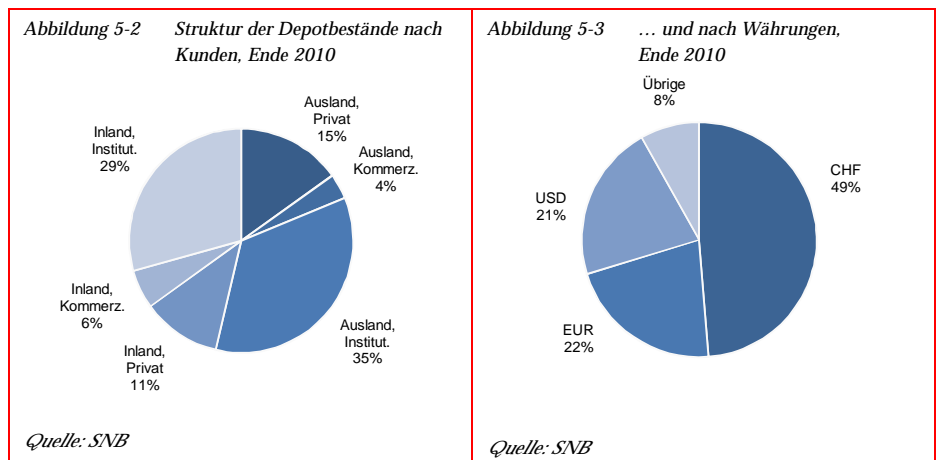
... wie auch der kollektiven Kapitalanlagen

Nach einem starken Wachstum im Vorjahr hat die Kategorie „Anteile an kollektiven Kapitalanlagen“ (u.a. Fonds) 2010 um 1,4% auf CHF 1'327 Mrd. zugenommen. Der Anteil der kollektiven Kapitalanlagen an den gesamten Wertschriftenbeständen ist mit 29,8% gegenüber dem Vorjahr ungefähr gleich geblieben. Das Wachstum der kollektiven Kapitalanlagen ist vollständig auf inländische Kunden zurückzuführen, die in 2010 um 7,3% gewachsen sind. Kollektive Kapitalanlagen in Depots von ausländischen Kunden sind indes um 4,1% gesunken.

Rückgang der Obligationen

Die Bestände an Obligationen hatten 2009 noch stark zugenommen. Im Jahr 2010 hingegen sank diese Position um 5,8% und stellt mit 28,2% nur noch die drittgrösste Anlageklasse in Kundendepots dar. Insbesondere in- und ausländische Privatkunden haben ihre Obligationenbestände im zweistelligen Prozentbereich reduziert (-14,1% bzw. -15,2%). Die einzigen Kunden, deren Obligationenbestände 2010 zugenommen haben, stellen inländische institutionelle Anleger dar.

Ausländische Kunden halten 54% aller Depotbestände



Auch 2010 hielten sowohl bei in- als auch ausländischen Kunden die institutionellen Anleger die grössten Depotbestände (29% bzw. 35%). Daneben spielten vor allem auch ausländische private Anleger mit einem Anteil von 15% eine grosse Rolle. Die Bedeutung des Euro als Anlagewährung hat 2010 abgenommen. So betrug der Anteil an Euro-Anlagen noch 22%, nach einem Anteil von 25% im Vorjahr.

Weitere starke Verringerung der Treuhandgelder¹⁴ Die von Banken in der Schweiz verwalteten Treuhandgelder verringerten sich 2010 um rund einen Fünftel auf CHF 201,8 Mrd. Diese Reduktion ist vor allem auf das tiefe Zinsniveau sowie die Aufwertung des Schweizer Francs zurückzuführen. Da Treuhandgelder meist in Geldmarktanlagen investiert werden, haben Treuhandanlagen aufgrund des ausserordentlich tiefen Zinsniveaus - wie bereits 2009 - an Attraktivität eingebüsst.

Am stärksten reduzierten sich Treuhandgelder in Schweizer Franken und Euro. So fiel der Anteil des Euro an den gesamten Treuhandgeldern 2010 von 33,8% auf 28,9%. Nach wie vor wurden Treuhanddienstleistungen in erster Linie von ausländischen Kunden nachgefragt (82% der verwalteten Treuhandgelder). Zudem reduzierten sich die Treuhandpositionen von inländischen Anlegern mit -23,4% stärker als die der ausländischen Anleger (-18,1%).

Nach wie vor Umschichtungen bei den Bilanzpositionen Im Jahr 2010 konnten bei den Bilanzpositionen - wie auch 2009 - einige zinsbedingte Umschichtungen beobachtet werden. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform beliefen sich per Ende 2010 auf CHF 456,7 Mrd. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Wachstum von 7,2%. Zu den Kundeneinlagen in Spar- und Anlageform gehören unter anderem die Positionen Freizügigkeitskonten (2. Säule) und Gelder aus der gebundenen Vorsorge (3. Säule). Die Verpflichtungen gegenüber Kunden auf Zeit (Termineinlagen) sanken unter anderem wegen des anhaltend tiefen Zinsniveaus von CHF 417 Mrd. auf CHF 360,8 Mrd. Die Mehrheit der Termineinlagen entfiel auf ausländische Kunden (70%).

5.2 Entwicklung der verwalteten Vermögen 2011

Leichte Erholung der Wertschriftenbestände Gemäss den monatlichen Statistiken der Schweizerischen Nationalbank (SNB) legten die Wertschriftenbestände in den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 leicht zu (+0,4%). Die Obligationen sind wie bereits im Vorjahr gesunken (-2,6%). Insbesondere Aktien haben in den ersten Monaten von 2011 zugelegt (+4,1%), aber auch die Bestände an strukturierten Produkten sind angestiegen (+2,0%). Diese Entwicklung ist unter anderem durch die leicht gestiegenen Börsen getrieben. So legte beispielsweise der Swiss Performance Index bis Mai 2011 um 4,0% zu.

Fortführung des negativen Trends bei Treuhandgeldern Die von Banken verwalteten Treuhandgelder setzten ihre Talfahrt der letzten beiden Jahre fort und haben sich bis Mai 2011 um 7,0% reduziert. Eine steigende Attraktivität von Treuhandgeldern ist erst bei einem höheren Zinsniveau zu erwarten.

In den ersten fünf Monaten in 2011 sind die Termineinlagen zinsbedingt weiter stark gesunken (-8,9%), während die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform um 2,7% angestiegen sind.

¹⁴ Treuhandgelder werden von der Bank in ihrem eigenen Namen, jedoch im Auftrag und auf Rechnung sowie Gefahr des Kunden getätigt oder gewährt. Treuhandgelder umfassen Transaktionen mit beispielsweise Krediten, Anlagen oder Beteiligungen.

6 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz

Folgend auf den durch die Finanzkrise bedingten Rückgang der Beschäftigung im Jahr 2009 wurden bei den Banken in der Schweiz 2010 wieder mehr Beschäftigte angestellt. Die Beschäftigung im Inland stieg 2010 um 0,4% auf 108'000 Mitarbeitende¹⁵. Der leichte Ausbau des Personalbestandes wurde ausser von den Grossbanken und den Privatbankiers (beide -0,3%) von allen Bankengruppen getragen. Den stärksten Anstieg verzeichneten die Auslandsbanken mit 302 neu geschaffenen Vollzeitstellen (+1,7%). Die positive Beschäftigungsentwicklung war hauptsächlich auf den Ausbau bei weiblichen Arbeitskräften zurückzuführen (+1.9%), wobei Männer 0.4% weniger Vollzeitäquivalente leisteten. Dies erhöhte die Frauenquote der Banken in der Schweiz auf insgesamt 37,2%. Gemäss der im Juli 2011 durchgeführten Beschäftigungsumfrage der SBVg konnten die Banken in der Schweiz im 1. Halbjahr 2011 ihre Personalbestände um 0.4% ausbauen. Für das 2. Halbjahr rechnen die Banken in der Schweiz insgesamt mit einer stagnierenden Beschäftigungszahl, jedoch mit differierenden Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen.

6.1 Beschäftigungsentwicklung 2010

Leicht steigende Beschäftigung 2010

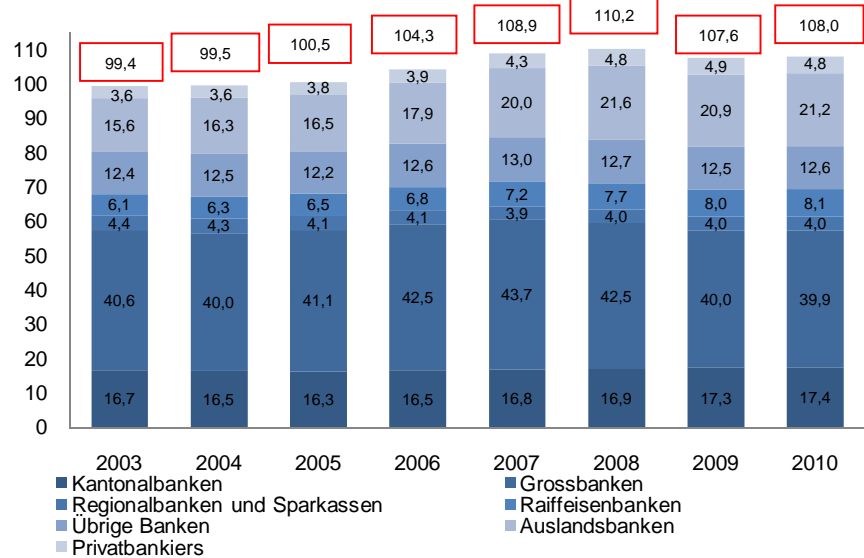
Die Banken in der Schweiz beschäftigten Ende 2010 im Inland gesamt 108'000 Mitarbeitende, was knapp 3,2% aller Beschäftigten in der Schweiz entspricht. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 0,4% oder 454 Vollzeitstellen und bestätigt die Ergebnisse der Beschäftigungsumfrage im letztjährigen Bankenbarometer. Bei unselbständigen Filialen im Ausland¹⁶ erhöhten die Banken in der Schweiz die Beschäftigung gar um 7,9% oder 1'751 auf 24'013 Mitarbeitende¹⁷. Im gesamten Bankensektor, d.h. Banken inklusive beispielsweise unabhängige Vermögensverwalter oder Effekthändler, arbeiteten per Ende 2010 141'900 Mitarbeitende.

¹⁵ In Vollzeitäquivalenten.

¹⁶ Nicht eingeschlossen sind dabei Personalbestände bei Tochtergesellschaften von Schweizer Banken, welche 2009 80'036 Mitarbeitende in Vollzeitäquivalenten betrogen.

¹⁷ In Vollzeitäquivalenten.

Abbildung 6-1 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz (Inland), Ende Jahr, in Tausend Vollzeitäquivalenten



Quelle: SNB

Personalaufbau insbesondere bei den Auslandsbanken

Praktisch alle Bankengruppen haben im Inland mehr Mitarbeitende eingestellt. Lediglich die Privatbankiers (-16 bzw. -0,3%) und die Grossbanken (-140 bzw. -0,3%) verzeichneten 2010 leichte Abnahmen. Den stärksten Ausbau des Personalbestandes wiesen die Auslandsbanken mit 302 zusätzlichen Mitarbeitenden (+1,7%) aus. Die Kantonal- und Raiffeisenbanken konnten zwar nicht an das hohe Beschäftigungswachstum der Vorjahre anknüpfen, erweiterten aber dennoch ihren Personalbestand um 0,7% (+128) beziehungsweise 0,9% (+69).

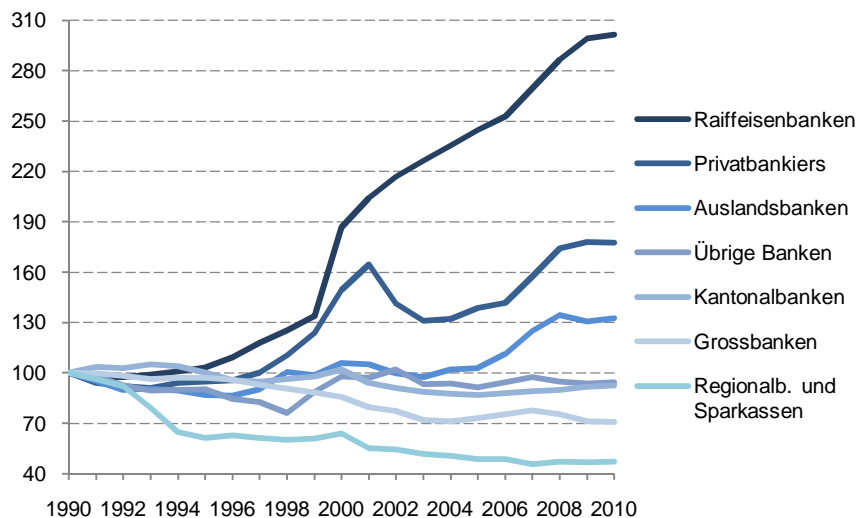
Steigender Frauenanteil

Die Banken in der Schweiz erhöhten 2010 den Anteil weiblicher Mitarbeitenden im Inland auf 37,2%. Der beobachtete Anstieg der Gesamtbeschäftigung war 2010 denn auch hauptsächlich auf die verstärkte Anstellung weiblicher Arbeitskräfte zurückzuführen (+737 oder +1,9%), da die Beschäftigung männlicher Arbeitskräfte um 0,4% (-282) zurückging.

Grossbanken wichtigster Arbeitgeber, jedoch mit abnehmender Bedeutung

Die Grossbanken waren auch 2010 mit einem Anteil von 36,9% der wichtigste Arbeitgeber unter den Banken in der Schweiz, jedoch verloren sie weiter an Bedeutung (Höhepunkt 1996: 50%-Anteil). Demgegenüber stehen die Auslandsbanken (19,7%) sowie Raiffeisenbanken (7,5%), die auch 2010 ihre Anteile am Personalbestand der Banken in der Schweiz erhöht haben. Die Kantonalbanken (16,1%), übrigen Banken (11,6%), Privatbankiers (4,5%) und Regionalbanken (3,7%) konnten 2010 ihre Anteile aufgrund einer moderaten Beschäftigungsentwicklung halten.

Abbildung 6-2 Entwicklung der Beschäftigung in den Bankengruppen 1990-2010 (1990=100)



Quelle: SNB

6.2 Beschäftigungsumfrage bei den Banken in der Schweiz für das Jahr 2011

Leichter Beschäftigungsanstieg im ersten Halbjahr 2011

Die jährlich von der SBVg durchgeführte Beschäftigungsbefragung für das laufende Jahr bei den Banken in der Schweiz zeigt für das 1. Halbjahr 2011 einen leichten Anstieg der Beschäftigtenzahl. Die Anzahl Vollzeitäquivalente im Inland erhöhte sich bei den Banken in der Schweiz zwischen dem 31. Dezember 2010 und dem 30. Juni 2011 um 410 (+0,4%). Dieser Nettozuwachs resultierte aus Zugängen im Umfang von 4 443 und Abgängen von 4 033 Vollzeitäquivalenten.

Tabelle 6-1 Personalbestand¹⁸ im Inland

In Vollzeit-äquivalenten	Stand am 31. Dez 2010	Stand am 30. Juni 2011	Entwicklung im 1. Halbjahr 2011			
			Zugänge	Abgänge	Netto	in %
<i>Inland</i>	<i>96'530</i>	<i>96'940</i>	<i>4'443</i>	<i>4'033</i>	<i>+410</i>	<i>+0,4%</i>

Anmerkung: Anzahl Antworten: 264¹⁹

Quelle: Umfrage SBVg

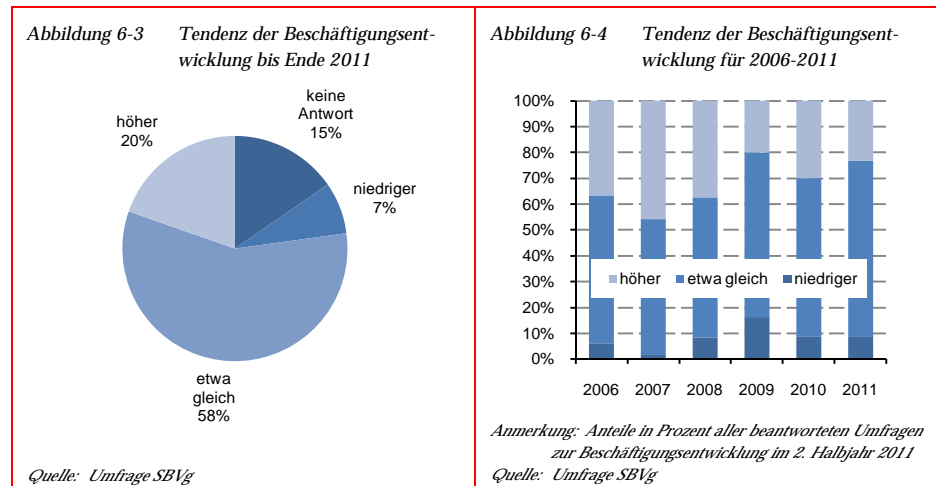
Stagnierende Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2011

Für das zweite Halbjahr 2011 erwarten gemäss der im Juli 2011 durchgeführten Umfrage rund ein Fünftel der Banken in der Schweiz eine erhöhte Beschäftigtenzahl, wohingegen 7% ihren Personalbestand bis Ende Jahr reduziert sehen. Zu den 20% der Banken, welche ihr Personal bis Ende 2011 ausbauen wollen, gehören insbesondere kleine und sehr kleine Bankinstitute aller Bankengruppen. Mittlere und grössere Banken erwarten dagegen mehrheitlich eine stabile Be-

¹⁸ Der Personalbestand Ende 2010 fiel in der Umfrage der SBVg tiefer aus als in der Statistik der SNB (vgl. „Die Banken in der Schweiz“). Gründe für die Differenz liegen in der tieferen Rücklaufquote dieser Umfrage und im unterschiedlichen Zeitpunkt der Befragung. Die Aussagekraft über die Personalentwicklung im 1. Halbjahr 2011 wird dadurch aber nicht tangiert.

¹⁹ Die Umfrage wurde im Juli 2011 bei 311 Bankinstituten in der Schweiz durchgeführt. Die Rücklaufquote zur Befragung bezüglich des Personalbestands und der Zu- und Abgänge lag bei 84,9%. Somit können diese Umfrageergebnisse als repräsentativ betrachtet werden. Bei der Befragung zur Personalentwicklung im 2. Halbjahr in den einzelnen Geschäftsbereichen lag die Rücklaufquote lediglich zwischen 26% und 34%. Daher lassen sich dazu keine generellen, sondern nur auf die antwortenden Banken bezogene Aussagen machen.

schäftigungsentwicklung bis Ende Jahr. In Kombination mit stabilen Erwartungen bezüglich des Beschäftigungsniveaus beim Grossteil der befragten Banken (58%), deutet dies auf eine stagnierende Beschäftigungsentwicklung für die zweite Hälfte des Jahres 2011 hin. Die neusten und z.T. unerwartet heftigen Verwerfungen an den Finanzmärkten lassen jedoch Potenzial für differierende Beschäftigungsentscheide entstehen. ²⁰



Unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in den Geschäftsbereichen

Die Banken in der Schweiz erwarten für die einzelnen Geschäftsbereiche unterschiedliche Beschäftigungsentwicklungen. Im Retail Banking und Private Banking rechnen die respondierenden Banken mit einer leichten Zunahme des Personalbestandes im zweiten Halbjahr 2011. Dementsprechend will im Retail Banking jede fünfte und im Private Banking jede vierte antwortende Bank ihr Personal ausbauen. Demgegenüber steht eine stagnierende Tendenz im Handelsgeschäft und dem institutionellen Geschäft, sowie eine leicht sinkende Beschäftigungsentwicklung im Bereich Logistik und Operations.²¹

Tabelle 6-2 Tendenz der Beschäftigung im 2. Halbjahr 2011, nach Geschäftsbereichen

Total	Retail Banking	Private Banking	Institutionelles Geschäft	Handelsgeschäft	Logistik und Operations
è	èì	èì	è	è	èí

Anmerkung: Anzahl der Antworten: Je nach Bereich zwischen 81 und 107.
Die Tendenzen ergeben sich aus den mit der Beschäftigtenzahl gewichteten Antworten
Quelle: Umfrage SBVg

²⁰ Der Umfrage zur Tendenz der Beschäftigungsentwicklung ist allgemein anzumerken, dass die Prognoseunsicherheit für die Banken in der Schweiz aufgrund der jüngsten Verwerfungen auf den Finanzmärkten für das zweite Halbjahr 2011 markant gestiegen ist. Dies könnte auch die eher tiefen Rücklaufquoten der Befragung zu den Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen erklären.

²¹ Den Geschäftsbereichen ist gemein, dass ein Grossteil der antwortenden Banken eine stagnierende Beschäftigungsentwicklung für das zweite Halbjahr 2011 erwartet. Die Tendenz ergibt sich demnach aus dem Vergleich der Antwortanteile von „höher“ und „tiefer“.

Quellenverzeichnis

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) - Committee on the Global Financial System

„The impact of sovereign credit risk on bank funding conditions“, Juli 2011

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)

„Rundschreiben 2008/2 Rechnungslegung Banken“, März 2011

Europäische Kommission

„European Economic Forecast“, Mai 2011

Internationaler Währungsfonds (IWF)

„World Economic Outlook Update“, Juni 2011

Schweizerische Nationalbank (SNB)

„Die Banken in der Schweiz 2010“

„Statistisches Monatsheft“, Juli 2011

„Bankenstatistisches Monatsheft“, Juli 2011

• Schweizerische Bankiervereinigung
Aeschenplatz 7
Postfach 4182
CH-4002 Basel
T +41 61 295 93 93
F +41 61 272 53 82
office@sba.ch
www.swissbanking.org